

# Städtische Realschulen ausbluten lassen?

Graf-Stauffenberg-Realschule und -Wirtschaftsschule brauchen dringend mehr Klassen, doch die Stadtratsmehrheit spart lieber Geld

Sparsames Haushalten ist wichtig. Doch notwendige Ausgaben in der Schulpolitik dürfen nicht dem Rotstift zum Opfer fallen. Die städtische Graf-Stauffenberg-Realschule braucht zumindest zwei, die Graf-Stauffenberg-Wirtschaftsschule zumindest eine Klasse mehr, damit das Recht Bamberger Kinder auf freie Schulwahl nicht zur Farce wird. Stattdessen will die CSU sich die lästigen Schulen vom Hals schaffen.

Ein Jahr ist CSU-Bürgermeister Werner Hipelius im Amt des Schulreferenten – und die Zukunft der städtischen Schulen sieht tiefschwarz aus. Im Schuljahr 2001 suchten sowohl an der Wirtschaftsschule wie auch an der Realschule Jungen und Mädchen vergeblich nach einem Platz in den randvollen Eingangsklassen. Sie wurden abgewiesen und mussten sich an Schulen im Umland orientieren.

**2002: vermutlich 70% zu viel Anmeldungen**

2002 wird die Situation noch schlimmer. An der Wirtschaftsschule gab es bereits mehr Nachfragen als zum gleichen Zeitpunkt im Jahr 2001. Erneut muss damit gerechnet werden, dass die Anmeldungen das Angebot um 70 % übersteigen, wenn nicht zumindest eine weitere Klasse gebildet wird.

An der Realschule der Stadt wird sich die Situation sowohl im Bereich der vierklassigen (R4) als auch der sechsklassigen Schulform (R6) verschärfen. Denn für die zum letzten Mal angebotene Kurzform R4 werden sich alle Kinder aus Stadt und Landkreis melden, die sich dafür entscheiden. Abgewiesen können sie nicht mehr werden, da die R4 an anderen Realschulen nicht mehr existiert. Dann ist die Stadt

gezwungen, Farbe zu bekennen: Mehr Geld für mehr Schulklassen oder Einschränkung der freien Schulwahl in der Schulstadt Bamberg.

**CSU-Strategie auf Kosten der Kinder**

Die Haushaltspolitik von CSU-ÜBG und SPD muss dringend korrigiert werden. CSU-Stadtrat Grafberger propagiert ganz offen die Strategie, die Bamberger städtischen Realschulen ausbluten zu lassen, um den Freistaat zur Eröffnung einer staatlichen Realschule zu zwingen. Und die von den genannten Parteien beschlossene Kürzung der Personalausgaben (insgesamt 100.000,- Euro) weist bereits in diese Richtung. Auch wenn die Einrichtung einer staatlichen Realschule tatsächlich wünschenswert und eine Entlastung für die Stadt wäre – eine solche Vorgehensweise, die ganz konkret auf Kosten der SchülerInnen geht, ist nicht akzeptabel.

**Versäumnisse bei Grund- und Hauptschulen**

Doch nicht nur bei den Realschulen vernachlässigt die Stadt ihr schulpolitisches Engagement. Eine vom Schulamt der Stadt vorgelegte Übersicht über „Mittagsbetreuung der kind- und familiengerechten Halbtagsgrund-



Top oder Flop? Bei den städtischen Schulen muss die Stadtratsmehrheit Farbe bekennen.

Foto: Erich Weiß

## Nachhilfe beim Einschulen

Die Verwaltung muss umdenken und Schulsprenkel flexibel handhaben

Die Schulanmeldung der ErstklässlerInnen an Bamberger Schulen steht vor der Tür. Und wir erinnern uns: Das lief im Jahr 2001 zwischen einigen Eltern und Schulen im Berggebiet-Südwest nicht sehr harmonisch ab. Ein Dutzend Eltern wünschten die Einschulung ihrer Kinder im Schulhaus Wildensorg. Dafür gab es Gründe: Ältere Geschwisterkinder gehen schon dort in die Schule und die Betreuung nach Schulschluss war ebenfalls in der Nähe Wildensorgs gesichert.

**Verwaltung wollte maximale Klassengröße**

Das staatliche Schulamt sah die Einschulung aber in der Kaulbergsschule vor. Grund: Mit den an Wildensorginteressierten Kindern konnten an der Kaulbergsschule maximal große Klassen gebildet werden. Das ist zwar nicht im Interesse einer sinnvollen Pädagogik für die Kinder, sehr wohl aber im Interesse von Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand. Die Verwaltung

setzte sich durch: In Wildensorg kam 2001 keine Eingangsklasse zustande, in der Kaulbergsschule gibt es dafür drei Klassen, die mit insgesamt 67 SchülerInnen randvoll belegt sind.

„Wir wurden in unseren Interessen nicht ernst genommen“, so schätzen auf Nachfrage der 99Z betroffene Eltern die Lösung des Konfliktes heute ein. Ihre Beschwerden: Sie seien bei der Schulanmeldung über ihre Antragsmöglichkeiten nicht schlüssig aufgeklärt worden. Sie hatten teilweise den Eindruck, dass ihre „Wunschschule“ nicht auf dem Einschulungsbogen vermerkt werden sollte. Schließlich habe die Verwaltung erklärt, der Schulweg nach Wildensorg könnte den Kindern nicht zugemutet werden, da er nicht beleuchtet und im Winter nicht geräumt sei.

Das Ergebnis: Eltern, die sich von der Verwaltung gegängelt fühlen und mangels behördlich zugelassener Alternativen gezwungen wurden, ihre Bedürfnisse zurückzustellen.

schule“ zeigt, dass auch hier die Nachfrage nach Plätzen das Angebot übersteigt. Doch die Stadt ist untätig und überlässt aktiven Eltern die Hauptarbeit.

Und das Sündenkonto von CSU in Stadt und Freistaat verlängert sich auch noch in den Bereich der Hauptschulen: Die versprochenen Investitionen in eine Hauptschulreform stehen immer noch aus.

Keine guten Voraussetzungen für die Mitarbeit von Eltern in der Schule. Kein Beispiel dafür, dass die Verwaltung ihre Bürger und Bürgerinnen gut zu informierten sucht, um sie so als VerhandlungspartnerInnen stark zu machen. Wurde in Bamberg etwa verschlafen, dass Bürgerinnen und Bürger längst „KO-Produzentinnen der Leistung Schule“ sind (Hausaufgabenhilfe, Mitarbeit in der Mittagsbetreuung u.v.m.) und dass sie berechtigten Anspruch auf Planungs- und Entscheidungsbeziehung erheben?

**In diesem Jahr „Runder Tisch“?**

Jetzt haben Eltern im Einzugsbereich der betroffenen Schulen einen „Runden Tisch“ vorgeschlagen, an dem sie selbst, Schule und Verwaltung sitzen und mögliche Konflikte partnerschaftlich verhandeln. Eine prima Idee, der sich ein wirklich bürgerfreundliches Rathaus nicht entziehen kann – findet die GAL.

## GALiges

## Blitz-Quartett

Kennen Sie schon das neueste Kartenspiel? Blitz-Quartett. Erfunden im Bamberger Stadtrat. Alles dreht sich um die Einführung einer kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung. Ziel des Spiels ist, das Quartett aus den vier zustimmenden Fraktionen zusammen zu bringen.

Die erste Karte ist die der GAL – klar! Die GAL beantragt – wie immer ihrer Zeit weit voraus – schon 1993, rechtliche Möglichkeiten für kommunale Radarkontrollen zu eruieren und Erfahrungen aus anderen Städten einzuholen. Im März 1996 muss GAL-Stadtrat Dr. Gerd Rudel an diesen Antrag noch einmal erinnern, bis die Stadtverwaltung langsam in Aktion tritt und – zum Abwarten rät.

Die zweite Karte bringt im Juli 1998 Andreas Becker (Dreierfraktion, damals ÖDP) ins Spiel. Aber vom „städtischen Blitz“ wollen Stadtverwal-


tung, Polizei und die übrigen (noch unerleuchteten) Fraktionen nichts wissen.

Im März 2001 dann setzt die ÜBG ihre Karte ein (Marke „Antrags-Recycling“). Mittlerweile liegen positive Erfahrungen aus anderen Städten vor – die Stimmung wird langsam positiv.

Und im Oktober 2001 reiht sich flugs auch noch das SPD-Kärtchen ein – schließlich will man im innovativen Blitz-Quartett nicht fehlen.

Das Spiel des Ziels ist erreicht: Das Quartett ist voll – eine Mehrheit im Stadtrat beauftragt die Verwaltung, alles Nötige zu Einführung einer kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung einzuleiten. Bald blitzt auch Bamberg...

Ach ja, und die CSU-Fraktion? – die will irgendwie nicht mitspielen – die bleibt bei „Schwarzer Peter“...

**GEOORG  LUNZ**  
**Malenmeister & Baubiologe**  
 Handwerklich und preisgünstig für alle Bauarten

Tel: 0915 177 1111  
 Fax: 0915 177 1112  
 E-Mail: info@georglunz.de  
 Web: www.georglunz.de